

## Antrag

der AfD-Fraktion

### Corona-Impfwerbung sofort stoppen und Daten zur Covid-19-Impfstoffsicherheit weiterleiten und auswerten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1) sofort jede Impfwerbung im Land Brandenburg für die Covid-19-Impfung zu unterlassen. Stattdessen soll die Landesregierung niederschwellig die Bürger einerseits über die Risiken und den experimentellen Charakter dieser sogenannten Impfung sowie andererseits umfassend, neutral und faktenbasiert über die niedrige Pathogenität der neuen Corona-Varianten aufklären. Um der Bevölkerung übermäßige Angst zu nehmen und Normalität einkehren zu lassen, soll eine niederschwellige Aufklärung, u. a. durch ein Internetportal nach dänischem Vorbild<sup>1</sup>, erfolgen.
- 2) eine Disproportionalitätsstudie im Hinblick auf die Anzahl der gemeldeten Impfnebenwirkungen mit Bezug zu den Covid-19-Impfstoffen in Auftrag zu geben.
- 3) als Aufsichtsbehörde die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) anzuweisen, die nach § 13 Absatz 5 IfSG geforderten Abrechnungsdaten dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) zu senden, und sich auf Bundesebene für eine rasche Auswertung dieser Daten einzusetzen.

#### Begründung:

Für die Umsetzung der sogenannten Nationalen Impfstrategie Covid-19 hat die Landesregierung für das laufende Jahr 3,6 Millionen Euro im Haushalt eingestellt (Titel 671 91).<sup>2</sup> Seit einiger Zeit schaltet die Landesregierung Werbung für die Covid-19-Impfung, wie z. B. im *Allgemeinen Anzeiger* vom 14. Oktober 2023.<sup>3</sup> Zusammen mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der KVBB rät darin Gesundheitsministerin Nonnemacher zu einer Auffrischimpfung. Besonders irritierend ist die Benachrichtigung der Leser darüber, wann in Brandenburg Corona-Impfstoffe für Säuglinge, Klein- und Schulkinder ausgeliefert würden, was von verängstigten Eltern als indirekte Impfpflicht aufgefasst werden könnte.

<sup>1</sup> Vgl. „Typical misinformation regarding Danish COVID-numbers“, in: <https://en.ssi.dk/covid-19/typical-misinformation-regarding-danish-covid-numbers> (22.03.2022), abgerufen am 02.11.2023.

<sup>2</sup> Vgl. „Haushaltsplan 2023/2024 – Band VIII – Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz“, in: [https://mdfe.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/07\\_Ministerium%20f%C3%BCr%20Soziales%20Gesundheit%20Integration%20und%20Verbraucherschutz%202023-24.pdf](https://mdfe.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/07_Ministerium%20f%C3%BCr%20Soziales%20Gesundheit%20Integration%20und%20Verbraucherschutz%202023-24.pdf), abgerufen am 02.11.2023.

<sup>3</sup> Vgl. „Gesundheitsministerium und KVBB rufen zur Corona-Auffrischungsimpfung auf“, in: [https://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/7c91fe7c859fc0746c618f7f467c349224514/2023\\_10\\_13\\_Anzeiger10.pdf](https://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/7c91fe7c859fc0746c618f7f467c349224514/2023_10_13_Anzeiger10.pdf) (14.10.2023), S. 29, abgerufen am 02.11.2023.

Eingegangen: 07.11.2023 / Ausgegeben: 08.11.2023

Dabei hat die STIKO ihre Impfeempfehlung für Kinder spät, aber ausdrücklich zurückgenommen. Vor dem Hintergrund der hohen Nebenwirkungsmeldungen im Vergleich zu konventionellen Impfungen und bei dem vergleichsweise harmlosen Erreger ist es unverantwortlich, auf Steuerzahlerkosten diese Impfwerbung zu schalten.

Nach der Antwort<sup>4</sup> der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2663 wurden in den letzten 15 Jahren im Land Brandenburg 115 Anträge auf Versorgung wegen eines Impfschadens aufgrund konventioneller Impfungen gestellt. Dagegen wurden innerhalb von gut zwei Jahren, von Dezember 2020 bis zum 31. Juli 2023, im Zusammenhang mit einer Covid-19-Impfung 320 Anträge auf Versorgung eingereicht.<sup>5</sup> Nach der Antwort der Landesregierung auf diese Kleine Anfrage explodierte die Anzahl der Verdachtsfallmeldungen von Impfkomplicationen nach dem Infektionsschutzgesetz an das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) regelrecht: Während sich diese in den Vorjahren bei konventionellen Impfstoffen auf einstelligem Niveau bewegte, kam es im Jahr 2021 zu 96 Meldungen. Was Verdachtsfallmeldungen von Impfkomplicationen nach Infektionsschutzgesetz mit letalem Ausgang betrifft, gingen in den vorherigen 15 Jahren hinsichtlich konventioneller Impfstoffe überhaupt keine Meldungen ein, seit der Einführung der Covid-19-Impfstoffe jedoch zehn gemeldete Todesfälle.

Laut Aussage einer Mitarbeiterin des PEI in der Sitzung des Corona-UA vom 1. September 2023 wurden der Bundesbehörde aus Brandenburg sogar 87 Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung gemeldet.<sup>6</sup> Das PEI gab die Zahl der Impfnebenwirkungen, die aus dem Land Brandenburg gemeldet wurden, mit 5860 an,<sup>7</sup> die Landesbehörden jedoch lediglich mit 171.<sup>8</sup> Diese Zahlen des PEI erschrecken nicht nur, sondern lassen auf erhebliche Probleme bei der Nebenwirkungsmeldung gemäß Infektionsschutzgesetz schließen.

Diese auffällige Steigerung an gemeldeten Impfnebenwirkungen bei Covid-19-Impfstoffen im Gegensatz zu herkömmlichen lässt aufhorchen und muss erforscht werden. Ob ein Risikosalgnal hinsichtlich der Covid-19-Impfstoffe vorliegt, könnte durch eine Disproportionalitätsanalyse aufgedeckt werden. In einer Veröffentlichung<sup>9</sup> des PEI und des Bundesamts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArm) aus dem Jahre 2012 beschreibt die Autorin Frau Dr. Keller-Stanislawski die einfache und schnelle Anwendung einer Disproportionalitätsanalyse zur Risikosalgnaleinschätzung von Impfnebenwirkungen. In dieser Veröffentlichung sind sogar die Rechenwege aufgeführt. Tatsächlich gab es in dem untersuchten Jahr 2009 ein Risikosalgnal für zehn gemeldete Fälle von Invagination nach Rotavirusimpfung. Interessant ist in dem Zusammenhang, dass dem PEI im Jahr 2009 lediglich 1804 Fälle von Impfnebenwirkungen gemäß Infektionsschutzgesetz bundesweit gemeldet wurden.<sup>10</sup>

<sup>4</sup> Vgl. „Impfnebenwirkungen, Impfschäden sowie Versorgung bzw. soziale Entschädigung nach dem Bundesversorgungsgesetz während der letzten 15 Jahre“, in: [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_7500/7531.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_7500/7531.pdf) (05.04.2023), abgerufen am 25.04.2023.

<sup>5</sup> Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 3028, in: [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab\\_8400/8472.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_8400/8472.pdf) (20.09.2023), abgerufen am 03.11.2023.

<sup>6</sup> Vgl. Mitschrift der AfD-Fraktion der Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Krisenpolitik der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung COVID-19 (UA Corona 2) vom 1. September 2023.

<sup>7</sup> Vgl. ebd.

<sup>8</sup> Vgl. ebd.

<sup>9</sup> Vgl. „Bulletin zur Arzneimittelsicherheit“, in: [https://www.bfarm.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arzneimittel/Pharmakovigilanz/Bulletin/2012/1-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bfarm.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arzneimittel/Pharmakovigilanz/Bulletin/2012/1-2012.pdf?__blob=publicationFile) (März 2012), S. 17 ff., abgerufen am 02.11.2023.

<sup>10</sup> Vgl. „Bulletin zur Arzneimittelsicherheit“, in: [https://www.bfarm.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arzneimittel/Pharmakovigilanz/Bulletin/2012/1-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bfarm.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arzneimittel/Pharmakovigilanz/Bulletin/2012/1-2012.pdf?__blob=publicationFile) (März 2012), S. 17 ff., abgerufen am 02.11.2023.

Im Vergleich dazu wurden dem PEI von Dezember 2020 bis Ende März 2023, also innerhalb von gut zwei Jahren, 340 282 Covid-19-Impfnebenwirkungen gemeldet.<sup>11</sup> Warum das PEI vornehmlich die Observed-versus-expected-Methode anwendet, die aufgrund ihrer innewohnenden Systematik bei häufigen Krankheitsbildern vermutlich nie ein Risikosignal entdecken wird, und damit von der einfachen und bewährten Disproportionalitätsanalyse abrückt, ist unverständlich. Hier können Landesbehörden bzw. ein durch die Landesregierung beauftragtes wissenschaftliches Institut mit einer Disproportionalitätsstudie die Brandenburger Daten untersuchen und Licht ins Datendunkel für die Impfstoffsicherheit bringen.

Unverständlich ist es weiterhin, dass die KVBB ihre Abrechnungsdaten bis heute nicht an das PEI übermittelt hat (wie die Landesregierung z. B. in ihrer Antworten auf die Mündlichen Anfragen Nr. 1359<sup>12</sup> und Nr. 1361<sup>13</sup> und auf mehrere Nachfragen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz ausführte), obwohl sie dazu nach § 13 Abs. 5 IfSG<sup>14</sup> verpflichtet ist. Auf die Mündliche Anfrage Nr. 1811 erklärte die Gesundheitsministerin Nonnemacher, dass bislang lediglich die Daten für die Impfsurveillance an das Robert-Koch-Institut (RKI) geflossen seien, aber irritierenderweise nicht die Daten für die Pharmakovigilanz an das PEI.<sup>15</sup> Damit der Verdacht der bewussten Verschleierung durch Behörden entkräftet werden kann, wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich die entsprechenden Daten zu übermitteln und sich für deren zeitnahe Auswertung einzusetzen.

Aufgrund der vielen offenen Fragen zur Impfstoffsicherheit ist das weitere Bewerben der Corona-Impfstoffe durch die Landesregierung unverantwortlich und muss sofort gestoppt werden.

---

<sup>11</sup> Vgl. Mitschrift der AfD-Fraktion der Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Krisenpolitik der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung COVID-19 (UA Corona 2) vom 1. September 2023.

<sup>12</sup> Vgl. „Meldungen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Brandenburg nach § 13 Abs. 5 IfSG an das Robert Koch-Institut (RKI)“, in: <https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/77-018.pdf> (15.02.2022), abgerufen am 06.06.2023.

<sup>13</sup> Vgl. „Meldungen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Brandenburg nach § 13 Abs.5 IfSG an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI)“, in: <https://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/77-079.pdf> (15.02.2022), abgerufen am 06.06.2023.

<sup>14</sup> Vgl. „Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) – § 13 Weitere Formen der epidemiologischen Überwachung; Verordnungsermächtigung“, in: [https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/\\_13.html](https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/_13.html), abgerufen am 06.06.2023.

<sup>15</sup> Vgl. „Fragestunde“, in: [https://www.rbb-online.de/impament/brandenburg/2023/20--september-2023/20\\_\\_september\\_2023\\_-\\_90\\_\\_Sitzung\\_des\\_Brandenburger\\_Landtags/fragestunde.html](https://www.rbb-online.de/impament/brandenburg/2023/20--september-2023/20__september_2023_-_90__Sitzung_des_Brandenburger_Landtags/fragestunde.html) (20.09.2023), ab Min. 06:15, abgerufen am 02.11.2023.